

Zeitschrift:	Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber:	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band:	28 (1936)
Heft:	1
Artikel:	Die Weltwirtschaftskrise in der Beurteilung des Internationalen Arbeitsamtes
Autor:	Wolff, W.
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-352797

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Weltwirtschaftskrise in der Beurteilung des Internationalen Arbeitsamtes.

Von Dr. W. Wolff.

In dem kürzlich erschienenen Bericht des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes über die internationale Sozialpolitik im letzten Jahr nimmt dieser auch Stellung zur jüngsten Entwicklung der Weltwirtschaftskrise. Wenn auch das 5. Krisenjahr zu Ende gegangen ist, ohne die Hoffnung auf eine allgemeine entscheidende Besserung erfüllt zu haben, schreibt der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes in der Einleitung seines Berichtes, so bedeutete das Jahr 1934 im grossen und ganzen gegenüber dem Vorjahr einen unverkennbaren Fortschritt. In den meisten Ländern ging die Arbeitslosigkeit weiter zurück, die Produktion stieg, und die Marktlage begann sich zu festigen. In den Ländern, in denen 1933 bereits ein Aufstieg eingesetzt hatte, waren während des letzten Jahres weitere Fortschritte zu verzeichnen, ja in einigen brach sich schon die Anschauung Bahn, dass die Krise langsam verschwinde. Nirgends haben sich solche gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzungen ereignet, wie sie 1933 die deutsche Revolution und die amerikanische Krise ausgelöst haben. Es erscheint daher berechtigt zu sagen, dass das internationale Wirtschaftsleben wieder in gegebene, stetige Bahn einlenkt. Zu allgemeinem wirklichem Wohlstand ist aber noch ein weiter Weg.

Der Gesundungsprozess spielt sich aber vorläufig noch vorwiegend an der Oberfläche ab. Der Welthandel hat sich seit 1933 kaum gebessert. Ungeheure Kapitalreserven liegen noch immer brach, und trotz der Befestigung der Wechselkurse blieben die Handelsbeziehungen von Land zu Land im wesentlichen noch unbeständig. Fast überall werden die flüssigen Geldmittel noch aufgespeichert, wenn auch nicht mehr in den unmässigen Mengen wie im Höhepunkt der amerikanischen Bankkrise. Die internationalen Kreditquellen sind noch immer mehr oder weniger versiegt. Alle diese Erscheinungen lassen erkennen, dass man in die Dauer und Zuverlässigkeit der erzielten Fortschritte noch wenig Vertrauen setzt.

Haben manche Staaten an Gelände gewonnen, so haben andere dafür Einbussen erlitten, und bei den meisten unter ihnen hat die nervöse Gereiztheit noch zugenommen. Wenn es auch in einem oder zwei Ländern gelungen ist, die Arbeitslosigkeit auf ein normales Mass zurückzuführen, so sind das doch Ausnahmefälle. Noch immer herrscht in weiten Kreisen Elend und Verzweiflung. Die meisten Menschen tasten sich mühsam und furchtsam vorwärts. Die Welt hat zu dem neuen, langsam sich aufrichtenden Wirtschaftssystem noch kein Vertrauen gefasst, noch weniger vermoch-

ten ihr die jüngsten Umwälzungen in der Politik die Gewähr für den Anbruch einer Zeit des Friedens und der Ruhe zu bieten. Das allgemeine Aufatmen, mit dem die schwachen Anzeichen einer allgemeinen Annäherung der Völker zu Ende des Jahres 1934 und die Regelung der Saarfrage aufgenommen wurden, liefert einen Massstab für die herrschende Ungewissheit und Verängstigung, die stets eines der Haupthindernisse für eine wirtschaftliche Neubelebung gebildet haben.

Das Jahr 1935 begann daher mit gedämpften Hoffnungen, gestützt auf ein Nachlassen der politischen Spannungen und auf gewisse, wenn auch nicht ununterbrochene, wirtschaftliche Fortschritte. Gleichzeitig aber scheint man sich mehr als bisher Rechenschaft von der Länge des Weges abzulegen der noch zurückzulegen ist, und von den bedenklichen Hindernissen, die sich einer allgemeinen Neubelebung der Wirtschaft entgegenstellen. Fast alle bisher erzielten Fortschritte entsprangen nationalen Bemühungen und blieben daher in ihren Wirkungen vornehmlich auf die Grenzen der einzelnen Länder beschränkt. Dagegen ist nur wenig geschehen für eine Neubelebung des internationalen Waren- und Geldverkehrs, ohne die ein allgemeiner nachhaltiger Gesundungsprozess nicht einsetzen kann. Tatsächlich wiesen im letzten Sommer gewisse Anzeichen darauf hin, dass die Aufwärtsbewegung ins Stocken gerate, was darauf zurückzuführen sein mag, dass die einzelnen Länder bis zur Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen sind und dass weitere Fortschritte nur von einer Wiederingangsetzung der weltwirtschaftlichen Beziehungen erhofft werden dürfen.

Das fatalistische Vertrauen in die segensreiche Wirksamkeit feststehender Wirtschaftsgesetze wich bereits im 4. Jahre der Weltwirtschaftskrise allenthalben einem Verlangen nach planmässigem Vorgehen der Gemeinschaft. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung gab ein Land nach dem anderen den Grundsatz des «Gehenlassens» auf, um der immer bedrohlicher werdenden Krise Einhalt zu gebieten, welche die Lebenshaltung und damit das ganze soziale Gebäude untergrub. So kam man zu staatlicher Währungskontrolle, zu umfassenden Plänen für öffentliche Arbeiten, zur Errichtung neuer Industriebauten nach staatlichen Entwürfen, ja oft aus staatlichen Mitteln, zur staatlichen Ueberwachung und Leitung der landwirtschaftlichen Produktion und des landwirtschaftlichen Absatzes, zur staatlichen Ueberwachung des Aussenhandels und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit Hilfe von Mitteln der Gesamtheit. Die Bedeutung dieser Neueinstellung zu den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die vor allem im Deutschen Reich, in Italien, Japan, Schweden, der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten festzustellen war und auch in anderen Ländern, wie Argentinien, Australien und Grossbritannien, unverkennbar an Boden gewann, ist zu unterstreichen. Sie bedeutet einen endgültigen Bruch mit Theorie und Praxis der Vergangenheit, sie ist ein Hinweis dar-

auf, dass die Krise die Welt zu einem Wendepunkte gebracht hat, von dem es kein Zurück mehr gibt. Man hat eingesehen, dass die Zerstörung der wirtschaftlichen und sozialen Sicherheit, an die die modernen Kulturgemeinschaften gewohnt waren, nicht ohne Gefahr für diese letzteren selbst getrieben werden darf. Gilt doch die erzielte Lebenshaltung als ein Mindestmass, das unter allen Umständen gewahrt werden muss, nicht aber als Geschenk glücklicher Zeiten, auf das man, so bald die Konjunktur nachlässt, auch ohne Murren verzichten kann! Mit anderen Worten, die alte liberale Wirtschaft hat keine Aussicht auf weitere Duldung, wenn sie keine Sicherheit gegen einen sozialen Rückschritt bietet. Tut sie das nicht, so hat der Staat die Pflicht, zum allgemeinen Wohle der Gesellschaft einzutreten, vor allem zur Rettung der von der Krise besonders bedrohten Landwirtschaft und Industrie.

Die Ereignisse der letzten 12 Monate haben diesen Umschwung in der Betrachtungsweise besiegelt. Mit dem Auftauchen der ersten Anzeichen einer Gesundung ist der Ruf nach geschlossenem, planmässigem Vorgehen immer mehr erstarkt. Die wahre Sicherheit des Staates scheint heute nicht mehr von der Unverletzlichkeit seiner Grenzen allein abzuhängen, sondern auch von der Fähigkeit der Regierung, allen Klassen der Bürger eine geordnete, auskömmliche Existenz zu sichern. In diesem Sinne bemerkt zutreffend ein amerikanischer Schriftsteller: « Die Sicherung der Lebenshaltung seiner Bewohner gehört heute ebenso zu den wichtigsten Aufgaben des Staates wie die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit. » Wo der Staat dieser Verpflichtung nicht nachgekommen ist, war bereits eine Gefährdung der nationalen Einheit, eine Erschütterung der gesetzlichen Ordnung und das Aufkommen von Privatarmeen zu beobachten, wie man sie in Europa seit dem 17. Jahrhundert nicht mehr gesehen hat.

Alle diese Erscheinungen lassen erkennen, wie kultivierte Gemeinwesen heute ihre letzte Kraft für die Erhaltung geistiger und materieller Errungenschaften einsetzen, die sie für unentbehrliche, wesentliche Voraussetzungen eines menschenwürdigen Daseins erachten. In früheren Zeiten war die Widerstandskraft des sozialen Gebäudes wirtschaftlichen Spannungen gegenüber fast unbegrenzt, weil man Arbeitslosigkeit, Entbehrungen und Not als unabwendbare Schicksalsschläge hinnahm. Heute ist die Ausdauer der Menschheit viel rascher erschöpft, weil man die Erfüllung gewisser Bedürfnisse auf dem Gebiete des Gesundheitsschutzes und allgemeiner Errungenschaften der Neuzeit, durch die das Leben angenehm und erträglich gestaltet wird, bis zu einem gewissen Grad als einen Rechtsanspruch betrachtet, für den die Gemeinschaft mit vereinten Kräften nicht nur aufkommen sollte, sondern einfach aufzukommen hat.

Das Verlangen nach Staatshilfe wird verstärkt durch die offenkundige Tatsache, dass die gegenwärtige Not nicht auf ein Versagen der Natur, sondern auf das Unvermögen der Menschen zurückzu-

führen ist, die Früchte der Natur denen zu verschaffen, die ihrer bedürfen. Gegen frühere durch Dürre, Ueberschwemmung oder Pest herbeigeführte Krisen konnte man nichts weiter tun, als die verbleibenden Lebensmittelvorräte so gerecht wie möglich zu verteilen. Heute ist das Problem der Knaptheit auf wissenschaftlichem Wege und durch eine Zusammenfassung der Weltvorräte gelöst. Es brauchte nicht nur keiner zu verhungern, sondern es ist noch ein Ueberschuss an Nahrungsmitteln und Rohstoffen vorhanden, verglichen mit den augenscheinlichen Bedürfnissen des Verbrauches. Der Bauer erzielt aber keine gerechte Entlohnung seiner Arbeitsleistung, obwohl Millionen nahe am Hungertode stehen oder vollkommen unterernährt sind, weil die Vorräte, die er durch seine Arbeit hervorgebracht hat, nicht zu ihnen gelangen.

Dieser Widersinn hat sich tief in das Bewusstsein der Völker eingegraben und mehr als alles andere dazu beigetragen, das Vertrauen in die herrschende Wirtschaftsordnung zu erschüttern. Die menschliche Vernunft bäumt sich auf gegen den Gedanken, diese Verteilung der Güter einem Wirtschaftsgesetz zu überlassen, das sich offenbar nicht normal auswirken kann, zumal die Wissenschaft und das menschliche Organisationstalent auf anderen Gebieten gewaltige Erfolge zu verzeichnen haben. Es ist daher nicht unvernünftig, jetzt von den Regierungen zu erwarten, dass sie dieselbe Energie, Klugheit und Aufmerksamkeit aufbieten für die Befriedigung der elementaren Bedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Unterkunft in einem, unserem fortgeschrittenen Zeitalter angemessenem Ausmaße, wie für die Schaffung von Luftlinien, drahtlosen Fernverbindungen und umfangreichen Anlagen für die Landesverteidigung.

Das Offenbarwerden dieses tiefgreifenden Wechsels ist vielleicht die wichtigste Lehre, die aus der heutigen Krise zu ziehen ist. Keine Regierung eines Kulturstaates, welchen politischen Charakter sie tragen mag, kann sich ihr verschliessen.
